Komen – Wie Brustkrebs vermarktet wird: Mary Ann Swissler’s “Marketing of Breast Cancer”

30. September 2002

(Last Updated On: 19. April 2021)
Stand: September 2002 (Text: Mary Ann Swissler, Übersetzung: Gudrun Kemper)

Die Komen Foundation, Erfinderin des zig-100-Städte-Race for the Cure („Lauf für die Heilung“), verfolgt privatwirtschaftliche Interessen, die im Widerspruch zu ihren mit der Mission der Wohltätigkeit betriebenen Lauf-Events stehen.



The Marketing of Breast Cancer by Mary Ann Swissler: zum Originaltext

Judy Brady kann mit Rampenlicht nur wenig anfangen. Doch ausgestattet mit etwas Grips im Kopf kann sie einiges zu dem Begriff des „Brustkrebs-Marketings“ sagen. Eines der schlimmsten Beispiele, sagt sie, ist die in Dallas ansässige Susan G. Komen Foundation und ihre jährliche Spendenaktion, das 5K Race for the Cure. [Seit 1999 führt Komen diese Läufe übrigens auch in Deutschland durch.]

Die Toxic-Link-Koalition und Brady wandten sich jetzt gegen die in über 110 Städten in den USA – und darüber hinaus – durchgeführten Festivitäten. Die Läufe, so stellen sie fest, lenkten den Schwerpunkt nur auf die Suche nach einer medizinischen Heilung von Brustkrebs und weg von Umweltbedingungen, die die Krankheit verursachen, weg von Menschen ohne Krankenversicherung und weg vom politischen Einfluss, den Konzerne auf die durchschnittliche Patientin ausübten.

Um diese Punkte zu verdeutlichen, haben Brady und ihre Koalition seit 1994 eine hörbare und sichtbare Präsenz bei den jährlichen Läufen in San Francisco aufgebaut. Ob Flugblätter oder handgemalte Schilder und Banner, sie stehen im Gegensatz zur ausgelassenen und euphorischen Lauf-Atmosphäre. Bis zu einer Million TeilnehmerInnen wurden allein im Jahr 2000 begrüßt, die die Ziellinie mit Live-Musik, inspirierenden Reden und einer bunt geschmückten Meile mit Ständen erreichten. Rosa – die „Farbe der internationalen Brustkrebs-Bewegung“ – ist überall, auf Mützen, T-Shirts und Bändern. Ein Gefühl von Gemeinsinn und Freundschaft durchweht die Feier von Hunderten, manchmal Tausenden von Frauen mit Brustkrebs und den FreundInnen der Überlebenden.

„Was fehlt, ist die Wahrheit", schrieb Brady im Frühling 2001 in einem Zeitungsartikel für das Women's Cancer Resource Center, einem Selbsthilfezentrum in Berkeley. „Es gibt keine Diskussion darüber, wie man die Krankheit vermeiden kann, außer in Bezug auf den persönlichen Lebensstil (Ernährung zum Beispiel). Es wird auch nicht darüber gesprochen, wie wir mehr gesunde Nahrungsmittel herstellen oder wie industrielle Karzinogene eingedämmt werden können. Es wird nicht gesprochen über Belastungen im Trinkwasser oder die globale Erwärmung."

„Ich denke, dass umweltbedingte Ursachen von Krebs wirklich nicht genügend anerkannt werden", stellt auch Dr. C. W. Jameson von der amerikanischen Gesundheitsbehörde „National Institutes of Health" fest. „Wir müssen die Aufmerksamkeit mehr darauf ausrichten, damit Menschen besser informierte Entscheidungen, wie und wo sie leben oder welche Berufe sie wählen, treffen können", so Jameson, zugleich Leiter des Zweijahresberichts zu Krebs verursachenden Stoffen, veröffentlicht durch das Institut für Umweltwissenschaften.

Die Messung dieser Karzinogene bleibt trotz der jüngeren Erkenntnisse dazu schwierig. „Die Messung von Kontaminationen in der Umwelt hat sich immer weiter verbessert", meint Dr. Michael McGeehin, Direktor des nationalen Zentrums für Umweltgesundheit (CDC National Center for Environmental Health). Aber bis zum Nachweis der Korrelation zwischen Giften und Krebs – wie auch zwischen Kontamination, Entwicklung und Ausbruch einer Tumorerkrankung – können Jahrzehnte vergehen.

Brady und ihre Koalition sind nachhaltig mit ihrer Botschaft. Doch die Kreise, die sie damit ziehen, sind vergleichsweise klein, besonders wenn man sie mit denen der Komen-Stiftung und ihrer Gründerin Nancy G. Brinker vergleicht. Unter der Regierung von George W. Busch war Brinker US-Botschafterin in Ungarn. Jetzt ist Brinker die „E. F. Hutton der Brustkrebs-Welt" – wenn sie spricht, hören alle zu. [Anm. d. Übers: Ein in den USA bekannter Werbeslogan einer der größten amerikanischen Investmentfirmen, nämlich E. F. Hutton, war: „Wenn E. F. Hutton spricht, hören die Leute zu."]

Brinker setzt auf den Blockbuster-PR-Wert des 5K Race for the Cure. Das ganze Jahr ist der Kalender voll mit Krebsläufen kummervoller, noch hoffnungsvoller Patientinnen und ihrer Angehörigen, die zusammen mit schwanzwedelnden Medien von Brinker und ihrer Organisation das Bild konservieren, dass sie auf der Seite der durchschnittlichen amerikanischen Frau steht, die auf tragische Weise von Brustkrebs betroffen ist. Die meisten Leute wären wohl schockiert, wenn sie herausfänden, dass die Komen-Stiftung dabei half, das Gesetz für die Patientinnenrechte der Frauen, für das sie sich angeblich seit 1982 engagieren, zu blockieren.

Trotz ihrer Selbstdarstellung als „Patientenvertreterin der letzten 20 Jahren" vor einem Parlamentsgremium im Jahr 2001, die „Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung für alle Patientinnen mit Brustkrebs" fordert, zeigen die Aufzeichnungen der förderalen Wahlkommission, dass die Komen-Stiftung und ihre Verbündeten in den Jahren 1999, 2000 und 2001 gegen das verbraucherfreundlichere Patientenrechtegesetz gestimmt haben. Dazu unterstützte Brinker im August 2001 lautstark ihren alten Freund George W. Bush bei der Sicherung eines „starken Patienten"-Gesetzes, während sich die meisten InteressenvertreterInnen der PatientInnen verraten fühlten.

Brinkers Unterstützung für Bush sollte nicht überraschen, seit Bush Nancy Brinker nur wenige Monate zuvor – gegen Ende Mai 2001 – für den Posten als US-Botschafterin nominierte. Ohne Zweifel unterstützte der Präsident Brinker auch am 3. August 2001 im Kongress bei der Wahl für diese Position in Ungarn, weniger als 24 Stunden nachdem die Version des Weißen Hauses, genannt HMO-Rechtegesetz, am 2. August 2001 verabschiedet wurde.

Inhalt [Ausblenden]

Links und rechts vom Patientenrechtegesetz

Durch die schwindelerregenden Kosten im Gesundheitswesen wurde in den 1980er Jahren die Patientenrechte-Bewegung angestoßen, und bei den Präsidentschaftswahlen 1992 war sie eine zentrale Frage. Präsident Clinton versuchte erfolglos, die Absicherung für nicht versicherte Patienten und mehr Patientenschutz zu erreichen. „Seitdem wurde immer wieder versucht, eine Managed-Care-Reform auf Capitol Hill wiederzubeleben“, so das Center for Responsive Politics [Anm. d. Übers.: überparteiliche Arbeitsgruppe, die sich mit Geldflüssen und ihren Auswirkungen in den USA befasst].

In den Jahren 1999, 2000 und 2001 wurden extrem unterschiedliche Versionen eines Patientenrechtegesetzes eingeführt. Die Kritiker meinen, dass beide Versionen wenig für eine universelle Versicherung der zig Millionen Unversicherten bieten. „Sie ändern nichts an den Fehlanreizen der Geldgrube der Managed-Care-Unternehmen und Arbeitgeber, die den Gesundheitsbedürfnissen der Patienten entgegen stehen. Und sie reduzieren nicht die gewaltigen Kosten, von denen viele nur darauf gerichtet sind, Dienstleistungen zu begrenzen“, schrieb die frühere Herausgeberin des New England Journal of Medicine, Marcia Angell, in der New York Times in einem Gastkommentar. […]

Großzügiges Lobbying

Es ist kein Zufall, dass Komen auf der Seite der Republikaner steht. Die Vereinbarung vom 12. Juli 2001 zwischen dem Präsidenten und fünf Unternehmen für Rabattkarten für Medicare-Patienten schloss eine Firma namens Caremark Rx ein, in der nach den Finanzunterlagen Nancy Brinker Mitglied des Vorstands ist. Ein weiterer Anbieter, Merck-Medco, ist eines der vielen Pharmaunternehmen, die im Komen-Anlageportfolio gefunden wurden. (Nancy Brinker ist von allen Vorstandssitzen einschließlich Komen zurückgetreten, als sie gewählt wurde.) Sollten die Verträge genehmigt werden, würden die Rabattverträge bis zu 10 Prozent Rabatt auf Marken-Medikamente bieten. […]

Ebenfalls an Bord für das Komen-Patientenrechtegesetz ist Akin Gump, die viertgrößte Lobbyfirma im Lande, deren Mitgliederliste sich liest wie ein Who-is-Who der **Gegenreformer zur Gesundheitsversorgung**. Akin Gump hat direkte Verbindungen zur Health Benefits Coalition, einem Zusammenschluss von Versicherern, Autoherstellern, Restaurants und anderen mächtigen Handelsgruppen, und trat als geschlossene Front gegen Verbesserungen der Rechte von Patienten im Kongress auf. […]

Patientenvertreter oder „Bush-Pioniere“?

Die Brinkers haben im Laufe der Jahre dazu beigetragen, dass George W. Bush im Bundesstaat Texas den Sitz des Gouverneurs und den des Präsidenten einnehmen konnte. Ihre phänomenalen Fähigkeiten im „Fundraising“ brachten ihnen den Spitznamen „Bush-Pioniere“ ein. Es folgten Positionen im Ausschuss für den [in den USA obligatorischen] Ball zur Amtseinführung des Präsidenten, für den eine Spende von mindestens $ US 25.000 benötigt wird. Auf die Eigeninitiative von Nancy Brinker hin kamen an Spenden für Bush und die Republikaner zu den Gouverneurswahlen fast $ US 256.000 zusammen …

Es kommt nicht überraschend, dass die Komen-Stiftung im Jahr 2000, dem einzigen Jahr, für das solche Unterlagen vorlagen, Brinker International Aktien [Anm. d. Übers. Aktien aus den Geschäften des im Jahr 2009 verstorbenen früheren Ehemannes von Nancy Brinker, dessen Geschäftsinteressen denen für mehr Patientenrechte konkret entgegenstanden] hielt. **Die Stiftung besitzt auch Depots mit Aktien von mehreren Pharmaunternehmen und von General Electric, einem der größten Hersteller von Mammographie-Geräten weltweit**.

Im Jahr 1998 war die Komen Foundation die einzige nationale Brustkrebsorganisation, die sich bei den FDA-Hearings für den Einsatz des Medikaments Tamoxifen zur Vermeidung von Brustkrebs bei gesunden Frauen mit Brustkrebsrisiko eingesetzt hatte, während die anderen Brustkrebsorganisationen sich vehement dagegen aussprachen. Der Hersteller, AstraZeneca, hat Komen lange unterstützt, „Fortbildungsetats“ geleistet und sichtbare Präsenz beim “Race for the Cure” gezeigt. Und im Jahr 2000 hat der Mutterkonzern Zeneca Inc. „Multinational Business Services“ engagiert, einen Lobbyisten der Health Benefits Coalition als Gegenreformer für ein besseres Patientenrechtegesetz.

Tamoxifen ist heute eines der am häufigsten eingesetzten, erfolgreichen Brustkrebsmedikamente, doch Gruppen wie National Women’s Health Network (Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit), Breast Cancer Action, Medical Consumers Union und die Aktivistin Marilyn McGregor gaben bei der FDA-Anhörung sämtlich kritische Statements gegen eine Zulassung des Medikaments zur Vermeidung von Brustkrebs ab und verwiesen auf die Gefahr des Endometriumkarzinoms sowie d**ie fragwürdigen Methoden bei der Definition von „Frauen mit Risiko“**.

Wenig überraschend sind auch die Aktien im Wert von einer halben Million Dollar, die Nancy Brinker bei US Oncology – einer Kette gemeinnütziger Behandlungszentren – besitzt, in deren Aufsichtsrat sie zumindest von 1999 bis 2001 nach Unterlagen der Firma saß. Die Werbeagentur von US Oncology ist nach Datenlage gleichzeitig auch für den Tabakkonzern Phillip Morris tätig gewesen. […]

Blick aus dem Schützengraben

Der Aktienbesitz und die engen Beziehungen von Komen unterscheiden sich von denen der meisten anderen Patientenorganisationen zu Brustkrebs. Selbst Insider der amerikanischen Innenpolitik [Anm. d. Übers: s. beltway insider] wie National Breast Cancer Coalition (NBCC), die eine wichtige Rolle bei der Schaffung der nationalen Forschungs- und Früherkennungsagenda spielte, und die in den frühen 1990er Jahren fast über Nacht entstand, ist vergleichsweise streng. Als der Kompromiss des Gesetzentwurfs für das neue Patientenrechtegesetz angekündigt wurde, war die NBCC als eine unter vielen Organisationen entsetzt. „Spät in der Nacht und hinter verschlossenen Türen“, war in der Pressemeldung der Koalition im August 2001 zu lesen, „haben Mitglieder des Kongresses das, was ein starkes und durchsetzbares Patientenrechtegesetz gewesen wäre, in eine Farce verwandelt. Der „Kompromiss“, so die NBCC weiter, „ist schlimmer als das geltende Recht, während es weiterhin [nicht die Patienten, sondern] die HMOs [Leistungsanbieter im

amerikanischen Gesundheitssystem] schützt. „Der ausgehandelte „Kompromiss", dem die Kongressmitglieder zugestimmt haben", so NBCC, „ist [sogar] schlimmer als geltendes Recht … Er erschwert die Klagemöglichkeiten für Patienten und vereinfacht sie für HMOs."

„Alle Geschäftsverbindungen mit einer Nähe zur Krebsindustrie werfen bei Organisationen, die versuchen, die Öffentlichkeit zu beeinflussen, immer viele Fragen auf", stellt auch Sharon Batt, die Autorin des wegweisenden Buches Patient no more: The Politics of Breast Cancer, die einen Lehrstuhl zu Frauengesundheit und Umwelt an der kanadischen Dalhousie Universität inne hat, fest. ***„Wer in Vorstandsetagen und Gesellschaften Geschäftsinteressen mit Richtlinien zur Krebsbehandlung vertritt, ist einem noch weit größeren Umfang von Interessenkonflikten ausgesetzt, als bei der alleinigen Einnahme von Geldern. Von einem Vorstandsmitglied wird erwartet, dass es die Interessen der Gesellschaft fördert"***, stellt Batt klar, die sich bei der FDA-Anhörung 1998 ebenfalls gegen Tamoxifen [zur medikamentösen Brustkrebsprävention] aussprach. „Zwar nimmt die NBCC Geld von der Pharmaindustrie, aber ich bezweifle, dass ihre Vorstandsfrauen in Vorstandsetagen sitzen", eine Tatsache, die durch eine Sprecherin der NBCC kürzlich in einem Interview auch bestätigt wurde.

Breast Cancer Action (BCA) aus San Francisco geht noch einen Schritt weiter und lehnt alle Spenden von Unternehmen, die Geld mit Brustkrebs verdienen, wie Pharmafirmen, Tabak- und Pestizid-Hersteller sowie Einrichtungen, die Krebs behandeln, als Sponsoren ab. BCA hat außerdem eine Kampagne gestartet, um ähnliche Sponsoring-Beziehungen transparent zu machen, die mit einer Avon Kosmetik-Spendenaktionen zusammenhängen. Barbara Brenner, Geschäftsführerin von Breast Cancer Action, erklärt: ‚Mit den zunehmenden Bemühungen der Unternehmen um Imagetransfer, mit dem sie sich einen wohltätigen Anstrich durch die Unterstützung von Krebsorganisationen verschaffen wollen, wird es schwierig bis unmöglich, zu unterscheiden, ob die Positionen einer Hilfsorganisationen auf ihren eigenen gut durchdachten Gedanken beruhen oder ob sie nur den Wünschen derjenigen entsprechen, die die Rechnung bezahlen.'

Batt ist bei Brinker in „unheimlicher Weise an die frühere sogenannte Krebsaktivistin Mary Lasker erinnert. „Ihr Mann, der Werbespezialist Albert Lasker, schuf die berühmte Zigarettenwerbung ‚Reach for a Lucky Instead of a Sweet.' (Greif zur Lucky*[-Zigarette]* anstatt nach was Süßem). Von den 1940er bis in die 1960er Jahre setzte Lasker ihre geschäftlichen und gesellschaftlichen Verbindungen ein, um die Amerikanische Krebsgesellschaft (American Cancer Society, ACS) von einer kleinen, lokalen Wohltätigkeitsorganisation in die reichste und mächtigste Gesundheits-Charity der Welt zu verwandeln. Die ACS wurde zur Fürsprecherin, die Leitlinien, Krebsforschung und Früherkennung zum lukrativen Geschäft machte, mit wenig Verbindung zum Wohl von PatientInnen oder zur Vermeidung von Brustkrebs. ***Die Komen Foundation ist die Reinkarnation der ACS, nur spezifisch für Brustkrebs.***"

Batt meint außerdem, dass eine der Gefahren von Komens Erfolg auch ist, dass nur diejenigen Botschaften, die diese Organisationen oder die Republikaner nicht gefährden, zu den Medien oder bis zum Kongress durchdringen. In den 1990er Jahren zum Beispiel sei es der NBCC und kleineren Organisationen gelungen, das National Cancer Institute und andere staatliche Einrichtungen zu überzeugen, damit zu beginnen, unterschiedliche Gruppen von Frauen wie ethnische Minderheiten, lesbische Frauen und arme Frauen in Gesundheitskonzepte einzuschließen. Doch jetzt hörten die Machthaber in Regierung und Geschäftswelt eher den „hochkarätigen Race for the Cure" und andere Firmen- und Komen-Lieblinge wie den Nationalen Breast Cancer Awareness Month (Brustkrebsmonat). „Das Problem mit diesen Bewusstseinsprogrammen ist", so Batt, „dass mit den Programmen nur Behandlungen für solche Frauen finanziert werden, denen mit der früheren Diagnose ihres Krebses nicht geholfen wird. Und sie verewigen den Schwerpunkt auf Mammographie-Screening anstatt bei Vermeidung, besserer Behandlung und gerechter

Versorgung.“ Es sei ein Kampf gegen Windmühlen. „Zum einen hat die Komen-Stiftung mehr Geld. Anders ausgedrückt sind die freundlichen, beruhigenden Meldungen für die eigenen Programme in den Medien eine rosarote Brille. **Das heißt, die Öffentlichkeit wird mit dem Silberlöffel gefüttert mit heroischen Geschichten von Frauen im Kampf gegen die Krankheit und den neuesten „Wundermitteln“. Doch auf Versicherungskosten, Umwelt und Interessenkonflikte wird kein Blick verschwendet.**“ Nancy Brinker hat ein großes Publikum erreicht, indem sie sich selbst als objektive Patientenvertreterin ausgewiesen und eine Agentur eingeschaltet hat, für Rundfunk- und TV-Experten wie ABCs Dr. Nancy Snyderman, Dr. Bernie Siegel Griffe, Dr. Joyce Brother und Jane Brody von der New York Times.

Die Abspaltung der Umwelt

Ein Thema, das im Zusammenhang mit Brinker nicht existiert, ist die Notwendigkeit einer sauberen Umwelt. Es mag daran liegen, dass der internationale petrochemische Riese Occidental Corp., ein großer Unterstützer von Komen, und die gleichen Leute, die uns den Love Canal gebracht haben, ein 4.000-Quadratmeter „Glas und Marmor Büro“ für Komen auf dem Gelände von Occidental im Dallas Hauptquartier gespendet hat. Die Öl-Industrie, einschließlich Occidental, betrieb in den Jahren 2000 und 2001 erfolgreiche Lobbyarbeit für lockerere Luft-, Wasser- und Chemie-Umweltgesetze (EPARegulations), während gleichzeitig Wissenschaftler der Regierung berichteten, dass Auto- und Industrie-Emissionen Krebs verursachen. Im März 2002 trat lediglich ein „Gesetz für saubere Luft“ (Clean Air Act rules) mit einer Verzögerung von zwei Jahren in Kraft, das die Schadstoffemissionen aus 80.000 industriellen Quellen betrifft.

Offiziell ist die Komen-Gruppe “pro-Umwelt” und forderte mit NBCC und Frauengruppen in den späten 1990er Jahren dazu auf, Verbindungen zwischen Brustkrebs und Umweltgiften zu erforschen. Es dauerte allerdings, bis die entsprechende gesetzliche Regelung Breast Cancer and Environmental Research Act [inzwischen mehrfach aktualisiert] im Mai 2001 eingeführt werden konnte. Komens Lobbyisten unternahmen wenig oder gar keine Anstrengungen, um für das Gesetz bzw. die Konzepte dahinter zu kämpfen, so ist den Akten der Mitte des Jahres 2001 eingereichten Aufzeichnungen über die Aktivitäten der Interessenvertretung Evans & Black und Akin Gump zu entnehmen. Black und Vertreter von Occidental saßen mit Nancy Brinker gemeinsam im Komitee für die Busch-Amtseinführung.

Zufälligerweise haben sich auch Occidental-Lobbyisten im Jahr 2001 mit dem Patientenrechtegesetz befasst. Charles Black, einer der Occidental-Lobbyisten und Ehegatte von Evans & Blacks Judy Black, ein führender Stratege bei den Republikanern, ist außerdem ein beharrlicher Lobbyist für Brinker International. Charles Black ist Vorstandsmitglied der American Conservative Union, einer Gruppe, die Pharma-Preiskontrollen definiert als „eine bittere Pille für die amerikanischen Verbraucher“ und „auf die pharmazeutische Industrie prügeln“. Und Black saß, gemeinsam mit vielen Occidental-Vertretern, mit Nancy Brinker im Komitee für die Bush-Amtseinführung.

American Way – der amerikanische Weg?

Komens politischer Bias und Interessenkonflikte umgehen eine öffentliche Kontrolle in erster Linie, weil Lobbyisten und Non-Profit-Organisationen wie Komen uns nur ein paar Details ihrer Arbeit berichten. So wie der Sprecher einer Washingtoner Verbraucherorganisation witzelte: **„Politiker wollen nicht einmal zugeben, dass sie mit Lobbyisten reden, noch weniger als sie zugeben würden, mit welchen sie gesprochen haben oder warum.“**

Im Jahr 2001 haben beispielsweise Evans & Black sowohl die Version der Republikaner als auch die der Demokraten zum Patientenrechtegesetz in ihrem Interessenregister („disclosure report") gelistet, in den Jahren 1999 und 2000 jedoch nur die der Republikaner. Auch die Akin & Gump-Reporte verzeichnen Lobbyarbeit „im Zusammenhang" mit der liberaleren Version des Senats. Im Resultat ist es nicht möglich, zu beweisen, für welche Version nun Lobbyarbeit gemacht wurde. Aber es ist sowieso eine klare Sache – da Komen die GOP-Version [also die Version der Republikaner] unzweideutig als „stark" charakterisiert hat – wie die engen und langjährigen Beziehungen zu Präsident Bush und der Republikanischen Partei mit ihren industriellen Interessenkonflikten. Die Komen-Lobbyistin Rae F. Evans lehnte es ab, darüber zu sprechen, welche Gesetzgebung sie beim Patientenrechtegesetz angesteuert habe bzw. wie ihre Position dazu sei, weil es „unethisch" wäre. Außerdem stellte sie fest: **„Es ist nur ein Problem für Journalisten."**

Komens unbekümmerter Lobbyismus ist möglich wegen einer kaum bekannten Regelung in der amerikanischen Steuergesetzgebung, die vor einem Vierteljahrhundert geschrieben wurde. 1976 wurde [in den USA] nationalen Non-Profit-Organisationen das Recht eingeräumt, professionelle Lobbyisten anzustellen oder mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, unter Beibehaltung von Steuervorteilen.

Non-Profit-Organisationen können nach einer Richtlinie der Steuerbehörde (IRS Fact Sheet) 20% ihrer ersten $ 500.000 jährlichen Einnahmen für Lobbying von der Steuer absetzen, 15% von der nächsten halben Million und so weiter, bis zu $ 1 Million pro Jahr. Auf diese Weise wird schließlich der gesamte Betrag abzugsfähig, so dass die Komen-Stiftung, wie sie nachdrücklich konstatiert, „Null Dollar" für Lobbyarbeit aufbringt. Können Aktienbesitz, Vorstandsposten, Wahlkampfspenden und langjährige Geschäftsbeziehungen ohne spürbare Auswirkungen auf die Mission einer gemeinnützigen Organisation bleiben? Natürlich ist es schwierig, jeden Interessenkonflikt zu beweisen, und selbst einer Hilfsorganisation für Krebspatienten ist es lt. Bennett Weiner, dem Leiter der >>> Better Business Bureau Wise Giving Alliance, einer nationalen Organisation zur Bewertung von Wohltätigkeitsorganisationen, gesetzlich erlaubt, gut vernetzt und industriefreundlich politisch rechts zu stehen, „solange sie das erfüllen, was in ihrem Leitbild steht".

Im Falle von Komen heißt dieses Leitbild „Krebs als eine lebensbedrohliche Erkrankung durch Forschung, Aufklärung und Ausbildung zu stoppen", so die Aussage von Komen. Aber, so Weiner weiter, es sei falsch, dass Komen-Informationsmaterialien, Webseite und öffentliche Statements Nancy Brinker als eine so zentrale Person herausstellten – oder Norman Brinker beispielsweise –, während so relevante Bereiche ihres Lebens wie Vorstandsposten in privaten Krebsbehandlungseinrichtungen, Aktieninteressen, Lobbyinteressen oder ihr politischer Aktivismus als GOP-Lieblinge weggelassen würden. Weiner meint: „Wenn eine Wohltätigkeitsorganisation, die Verbindungen zur Industrie hat, der Öffentlichkeit unter anderem medizinische Empfehlungen gibt, dann muss die Öffentlichkeit in der Lage sein, diese Information objektiv zu nutzen." […] Ende Juni 2002 hat U.S. Senator John Edwards (Demokrat aus North Carolina) folgende Stellungnahme veröffentlich: „(Ich) bleibe optimistisch, dass die Verhandlungen mit dem Weißen Haus eine Einigung über sinnvollen Patientenschutz herbeiführen, die der Kongress noch dieses Jahr verabschieden könnte."

Die Stiftung bestreitet, dass sie Geld für Lobbyismus ausgibt, und sie leugnet, dass sie einzig und allein auf die Programme der Republikaner zu Gesundheitsfürsorge und Umwelt ausgerichtet ist. In einem Antwortschreiben auf Fragen für diesen Artikel vom September 2001 verteidigt eine Komen-Sprecherin Norman Brinker als hingebungsvollen „Ehrenamtlichen". Die Stiftung schien sich sogar durch Nennung ihres neuen ausländischen Postens von Nancy Brinker zu distanzieren.

Die vollständige Offenlegung braucht Zeit, bedenkt man das gewaltige Wirrwarr von politischen, geschäftlichen und persönlichen Verbindungen, die hiermit verbunden sind. Sogar ein Sprecher aus dem Büro von Senator Edwards, ein überzeugter Verfechter des liberalen Patientenrechtegesetzes, erinnert sich an die Komen-Stiftung als einen seiner größten Kunden bei Fleishman-Hillard, der sechstgrößten PR-Firma weltweit. Wie Judy Brady herausstellt, repräsentieren die Komen-Stiftung, und insbesondere die Brinkers, die systematische Korruption des normalen Geschäftsbetriebs in einer von Unternehmen dominierten Gesellschaft. „Es wäre ein Fehler, die Komen-Stiftung zu dämonisieren", sagt Brady. „Sie haben die besten Absichten, und ich glaube wirklich, dass sie denken, sie tun Gutes – mit einem großen G."

„Was sie nicht sehen, ist, dass dieser normale Geschäftsbetrieb der Grund dafür ist, warum wir Krebs haben."

*Mit freundlicher Genehmigung und **Dank! an Mary Ann Swissler**.*

Mary Ann Swissler verweist darauf, dass die Komen-Foundation aktuell (Stand Jan. 2011) nicht mehr allein dem äußersten rechten politischen Flügel nahestünde und nicht mehr allein Industrie-Lobbyisten die Politik der Stiftung bestimmten; zu ihren Führungskräften zählten inzwischen auch Demokraten, und nicht allein Republikaner. Wenige Sätze, gekennzeichnet mit […], wurden gekürzt, da sie für das Verständnis in der dt. Version weniger relevant erscheinen.

Originaltext: The Marketing of Breast Cancer bei Alternet

Mary Ann Swissler ist Schriftstellerin und Journalistin aus New Jersey. Dieser Artikel wurde durch finanzielle Unterstützung des Fund for Investigative Journalism [Fonds für investigativen Journalismus] in Washington, D.C., ermöglicht.

Weiterlesen

Aktuelle Berichterstattung: Komen oder Patente „für die Heilung"